

Verfolgung und Widerstand in Türkei-Kurdistan

Autor(en): **Roth, Marianne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 12

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verfolgung und Widerstand in Türkei-Kurdistan

Der Konflikt zwischen dem türkischen Regime und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wird immer gewalttätiger und brutaler. Anfangs November wurden auch in europäischen Städten eine Reihe koordinierter Anschläge gegen türkische Einrichtungen verübt. Obwohl die PKK dafür die Verantwortung ablehnt, ertönt immer lauter der Ruf nach einem Verbot dieser Partei, vor allem in Deutschland. Der Staatsterror des Wirtschafts- und Natopartners am Bosphorus wird dabei geflissentlich übersehen, seinem Druck eher nachgegeben, als Gerechtigkeit für das leidgeprüfte kurdische Volk eingeklagt. Über die Verfolgung, der Kurdinnen und Kurden in der Türkei ausgesetzt sind, berichtet Marianne Roth im folgenden Beitrag, einem Referat für das Friedensforum Zürich in der Reihe «Die Kurden im 20. Jahrhundert». Marianne Roth ist Mitarbeiterin des Schweizerischen ArbeiterInnenhilfswerks und hat im Frühjahr 1993 Türkei-Kurdistan besucht.

Red.

Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) – eine Befreiungsbewegung

Spricht man von Verfolgung und Widerstand in Türkei-Kurdistan, so muss an erster Stelle die *bewaffnete Guerilla* der PKK genannt werden. Am 15. August 1984 erklärte sie dem türkischen Staat den Krieg und nahm der bewaffnete Kampf in Türkei-Kurdistan seinen Anfang. Aus ein paar Dutzend bewaffneten Rebellen ist inzwischen eine Armee von mehreren tausend Kämpfern hervorgegangen. Seit Jahren versichert die türkische Armee, sie werde die «Terroristen», wie sie in der türkischen Öffentlichkeit ausschliesslich genannt werden, mit Stumpf und Stiel ausrotten. Inzwischen kann man ohne Übertreibung sagen, dass die PKK einen *grossen Rückhalt* in der kurdischen Bevölkerung genießt – einer Bevölkerung, die nichts mehr zu verlieren hat.

Die türkischen Soldaten erhielten Befehl, auf alles zu schießen, was sich in den kurdischen Bergen bewegt. Längst hat sich die Befreiungsbewegung aber auf die Städte auszubreiten vermocht, wo sie auch Frauen-, Berufs- und andere Organisatio-

nen, Intellektuelle und gutausgebildete Leute erfasst. Im Gegensatz zu ihren ständig wiederholten Behauptungen, das Kurdenproblem sei gar keines, sieht sich die türkische Regierung immer mehr mit einer *Volksbewegung* konfrontiert. So wurde die Armeepräsenz kontinuierlich erhöht, so dass sich heute in Kurdistan mehr Truppen befinden als während dem Golfkrieg 1991.

Repression gegen Familienangehörige

Familien, die verdächtigt werden, einen Sohn oder eine Tochter bei der Guerilla zu haben, sind automatisch *Objekte der Verfolgung*. Wenn ein Familienangehöriger oder eine Familienangehörige «verschwindet», sei es, dass er oder sie in die Stadt ging, um Arbeit zu finden, sei es, dass er oder sie sich ins Ausland absetzte, mutmassen die zuständigen Behörden oder Sicherheitskräfte sofort, er oder sie habe sich in die Berge abgesetzt. «In die Berge gehen» steht in Kurdistan synonym für «sich der Guerilla anschliessen». Die Familie muss daher mit harter Bestrafung oder Befragungen, in der Regel begleitet von Miss-

handlungen, rechnen. Dazu ein Beispiel:

Zusammen mit Angehörigen des Menschenrechtsvereins begab ich mich in eine kleine Stadt in der Nähe von Diyarbakir, wo *Unruhen* ausgebrochen waren. Die Ladenbesitzer hatten die Läden geschlossen, aus Protest darüber, dass ihr Haci (Mekka-Pilgerer) schwer verwundet worden war. Dorfschützer aus dem Nachbardorf hatten ihn bei türkischen Soldaten denunziert, seine beiden Söhne seien Mitglieder der Guerilla. Daraufhin griff türkisches Militär das Haus des Haci mit Panzern und Mörsern, unterstützt von Heckenschützen, an. Der Besitzer wurde schwer verwundet, nachdem er sich vorerst geweigert hatte, seine Söhne herauszugeben. Diese wurden nun auf dem Militärposten des Dorfes festgehalten, schwer gefoltert und bekamen während drei Tagen nichts zu essen.

Das ganze Dorf war in hellem Aufruhr, und die Dorfbewohner, insbesondere die Frauen, stürzten sich sofort auf mich und schrien: «Gebt ihnen keine Panzer mehr! Eure Panzer haben das gemacht!» Sie meinten, ich stamme aus Deutschland. Tatsächlich tauchen in den Schilderungen der von Militärangriffen betroffenen Bevölkerung immer wieder *deutsche Panzer* auf. Auch für die unsägliche Tat, die selbst in unsere Medien gelangte, wo ein mutmasslicher PKK-Anhänger mit einem Panzer zu Tode geschleift wurde, benützten die türkischen Soldaten einen deutschen Panzer. Jedenfalls brachten die Frauen uns die blutdurchtränkten Kleider des Haci und führten uns durchs Haus, das überall Einschusslöcher aufwies und schwer beschädigt war.

Unter den Leuten befand sich auch ein junger Mann, der Sohn des Bürgermeisters, der erzählte, Soldaten hätten ihn in den Wald geschleppt und während Stunden befragt und gefoltert, in der Annahme, er arbeite mit der Guerilla zusammen. Er zog seine Schuhe und Socken aus und zeigte uns seine aufgeschwollenen, bis zu den Knöcheln blutunterlaufenen Füsse. Der Horror stand ihm immer noch ins Gesicht geschrieben.

Gefährlicher Arbeitsort für Journalisten

Eine weitere Kategorie von akut verfolgten Personen bilden die Journalisten. Ich selbst wurde Zeugin der massiven, leider meist *tödlichen Repression*, die gegen oppositionelle Medienschaffende ausgeübt wird. Der junge Journalist Burhan Karadeniz arbeitete für die Tageszeitung «Özgür Gündem», die ihr Erscheinen einstellen musste. Nicht nur wurden immer wieder Nummern konfisziert, sondern auch die Lieferanten setzten sich grosser Gefahr aus. Sie, ebenso wie Leserinnen und Leser, die dabei erwischt wurden, wie sie die Zeitung an den Kiosken kauften, wurden massiv bedroht. Dies führte zu einem starken Rückgang der Auflage, so dass die Herausgeber sich gezwungen sahen, die Zeitung nicht mehr herzustellen.

Wie viele seiner Kollegen – insgesamt haben seit Anfang 1992 14 Journalisten ihr Leben lassen müssen – wurde Karadeniz am Morgen auf dem Weg zur Arbeit von hinten angegriffen und in den Nacken geschossen. Ich befand mich gerade im Büro des Menschenrechtsvereins, als die schreckliche Nachricht eintraf. Die Freunde unternahmen alles, um für ihn einen Platz im Flugzeug nach Ankara zu ergattern. Er hatte den Attentäter gesehen und war dadurch immer noch in tödlicher Gefahr. Tatsächlich stoppten Polizisten das Flugzeug auf der Rollbahn, holten Karadeniz heraus und brachten ihn zurück ins Spital. Der diensthabende Arzt im Spital wurde gewarnt, ihn nicht zu behandeln, sonst käme er selbst dran. Unter grossem Einsatz, und nachdem Parlamentsabgeordnete sich beim Sondergouverneur in Diyarbakir eingesetzt hatten, wurde ihm schliesslich fünf Tage später die Ausreise nach Ankara bewilligt. Von dort brachte man ihn nach Deutschland, wo er immer noch in Behandlung ist. Burhan Karadeniz ist infolge des Mordversuchs querschnittgelähmt und wird nie mehr gehen können.

Prominentestes Opfer unter den Ermordeten ist der 74-jährige Mousa Anter, der zeit seines Lebens für die Anerkennung der

kurdischen Sprache und Kultur, aber auch für die Freundschaft zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk gekämpft hat. Die Empörung über diese unbegreifliche Mordtat trieb Tausende von Menschen auf die Strasse. Nach Angaben der «Internationalen Journalisten-Föderation»(IFJ) in Brüssel wurden in der Türkei in der ersten Hälfte des Jahres 1992 mindestens 57 Journalisten einmal oder mehrmals verhaftet, verhört und in vielen Fällen gefoltert. Der IFJ kommentiert: «Diese Vorfälle zeigen klar, dass die Türkei für Journalisten einer der gefährlichsten Arbeitsorte ist. Noch nie sind in der Türkei so viele Journalisten ums Leben gekommen wie in diesem Jahr, und in keinem anderen Land der Welt ist die Zahl der getöteten und der verfolgten Medienschaffenden so hoch wie in der Türkei.»

Gefährdete Menschenrechtsvereine

Ebenfalls besonders gefährdet sind die Angehörigen der Menschenrechtsvereine. Diese oft aus Intellektuellen und gutausgebildeten Frauen und Männern bestehenden Vereine haben sich die Bekämpfung und Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und insbesondere in Kurdistan auf die Fahne geschrieben. Da weder der Staat noch die Militärs ein Interesse daran zeigen, extralegale Hinrichtungen, Verschleppungen und Morde aufzuklären, versuchen die Menschenrechtsvereine wenigstens, eine möglichst präzise *Chronologie der Greuelthaten* zu führen, die sie als Rapporte und Jahresberichte zu Händen der Öffentlichkeit publizieren. Die makabren Tagebücher offenbaren aufs eindrucklichste, wie flächendeckend, rücksichtslos, brutal und rassistisch die Türkei mit den sogenannten Separatisten umspringt.

Jüngste Opfer sind der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins in Elazig, der Anwalt Metin Can, sowie der Arzt Hasan Kaya, ebenfalls Mitglied des Vereins. Sie wurden an einen fiktiven Unfallort gelockt, verschleppt, gefoltert und schliesslich umgebracht. Tage später wurden ihre Leichen

unter der Brücke in der Nähe von Dersim gefunden. Was die Familien dabei erleiden, ist unvorstellbar, da auch sie in die Repression mit einbezogen werden. So stellten die Mörder Tage, bevor die Leichen gefunden wurden, eine Tasche mit den Schuhen von Metin Can vor die Haustür der Familie. Keiner dieser hinterhältigen Morde wird jemals aufgeklärt, und keiner der Gefährdeten kann mit geringstem Schutz rechnen.

Verdächtig machen sich auch Ausländerinnen und Ausländer, die mit den Menschenrechtsvereinen in Kontakt treten. Ich selbst mache jedesmal aufs neue die Erfahrung, dass ich rund um die Uhr überwacht werde. Auf der letzten Reise wurde ich für kurze Zeit festgenommen und verhört.

Zwangsmassnahmen gegen die Dorfbevölkerung

Seit 1987, der Einführung des *Dorfschützersystems*, wurden Zehntausende von kurdischen Männern zwangsrekrutiert. Zu Beginn hiess es einfach, sie sollten ihre Dörfer beschützen und würden dafür Geld und ein Gewehr bekommen. Für viele der Männer war dies ein willkommener finanzieller Zuschuss. Immer häufiger wurden sie an die Front geschickt, um gegen die PKK zu kämpfen. Zu spät merkten sie, dass sie in eine Falle geraten waren. Wollten sie die Waffe zurückgeben, so wurden sie der Zusammenarbeit mit den Rebellen der PKK verdächtigt. Gaben sie die Waffen nicht ab, bestrafte sie die PKK wegen Kollaboration. Oder wie ein kurdischer Anwalt sich ausdrückt: Sie befinden sich in einem Bermudadreieck.

Nicht zuletzt bestrafen die türkischen Sicherheitskräfte die Bevölkerung ganzer Dörfer, wenn diese unter Verdacht gerät, der *Guerilla Nahrung oder Unterschlupf* zu gewähren. Exemplarisch bestraft wurde unter anderem die Stadt Sirnak, die auch in unseren Medien Erwähnung fand. In den Vernehmlassungen des Nationalen Sicherheitsrates der türkischen Republik vom 27. August und 25. September 1992 heisst es: «Die Terroristische Organisation wird

überall, in den Bergen, den ländlichen Gebieten, in den Städten, hier oder im Ausland verfolgt und ihr der notwendige Schlag versetzt.» Weiter heisst es: «Einige Organisationen und Organe der Massenmedien, welche ihre Existenz dem demokratischen Regime verdanken, waren in Aktivitäten verwickelt, welche die Einheit des Landes und die einheitliche Struktur des Staates verletzen. Wir stellen fest, dass die Freiheiten, welche in der Verfassung festgelegt sind, keine Basis für solches Benehmen liefern und dass es deshalb natürlich sein sollte, die entsprechenden Körperschaften rechtlich zu verfolgen.» Diese paar Sätze bilden also gleichsam die Legitimation für die Verfolgung all jener, die auf irgendeine Weise verdächtigt werden, den Separatismus zu unterstützen. Dass sich die türkische Regierung in der kurdischen Bevölkerung mit diesen Zwangsmassnahmen immer weniger beliebt macht, steht wohl ausser Frage.

Über all dem schwebt der *totalitäre Geist Atatürks*, dessen Konterfei an jedem öffentlichen Gebäude, auf jedem Platz, an und in jeder Schule, in Büros, Läden und an Stubenwänden anzutreffen ist. Wer es wagt, die Einheit der türkischen Republik auch nur gedanklich in Frage zu stellen, muss verfolgt und vernichtet werden. In der Republik Türkei leben nichts als Türken. Wer diese Behauptung anzweifelt, wird des Separatismus bezichtigt, gnadenlos verfolgt und aufs härteste bestraft. All diese Massnahmen, ob legal oder nicht, ob mit demokratischen Grundsätzen oder den Menschenrechten vereinbar oder nicht, ob menschlich und politisch vertretbar oder nicht, unterliegen diesem über allem stehenden Gebot.

Die Methoden dieser Verfolgung möchte ich jetzt etwas unter die Lupe nehmen.

Methoden der Überwachung

Die erste Gruppe von Verfolgungsmethoden möchte ich «*systematische Überwachung*» nennen. Sie erzeugen eine atmosphärische Enge, die einem buchstäblich die Stimme verschlägt. Immer wieder

stelle ich denn auch fest, dass die Menschen in Kurdistan viel leiser miteinander sprechen, als im Westen.

Hinzu kommt die *polizeiliche Überwachung*. Zu jedem Strassenbild Kurdistans gehören die Polizeiautos, die langsam zirkulieren, an Strassenkreuzungen stehen oder zu einer Blitzrazzia plötzlich aus den Gassen geschossen kommen. Über Lautsprecher geben die Polizisten Anweisungen an müssige Autofahrer, Doppelparkierer oder Gruppen von Leuten, die sich auflösen sollen.

Unsichtbar sind die *Zivilpolizisten* und die *Geheimdienstler*. Sie sind überall und nirgendwo. Manchmal erkennbar durch ein Walkie-talkie, das sie in der Hand tragen, oder durch eine zufällig aufblitzende Pistole, die im Gürtel steckt, sind sie die wahren Ordnungshüter. Ob in Hotellobbys, Bankhallen oder auf dem Busbahnhof, ob im Strassengewimmel, auf dem Markt oder im Teehaus, ständig fühlt man sich von tausend Augen beobachtet, ertappt, eingekreist, mit dem Gefühl im Nacken, jeden Moment gepackt zu werden. Alle bewussten Kurdistan-Reisenden schildern dieses Gefühl.

Hier eine kleine *persönliche Geschichte*: Kaum in Diyarbakir angekommen, setze ich mich mit meinem befreundeten Übersetzer in Verbindung. Wir begeben uns in ein Teehaus, wo ich ihm kurz mein Reiseprogramm erläutere. Kaum haben wir das Teehaus verlassen, treten von hinten zwei Männer an uns heran und wollen die Ausweise sehen. Sie löchern mich mit Fragen, weshalb ich hier sei, woher ich komme, warum ich den Übersetzer kenne. Ein Wagen fährt langsam heran, mit zwei weiteren Geheimdienstlern, die Maschinenpistolen liegen lässig auf dem Rücksitz. Nach einigem Hin und Her und ihren Rückfragen via Funk ans Hauptquartier, pferchen sie uns zu sich ins Fahrzeug und fahren uns zum Direktorat der Antiterror-Einheit. In einem kahlen Raum müssen wir uns auf eine Holzbank setzen. Abwechslungsweise werden wir von sechs Polizeibeamten befragt, wovon einer sehr aggressiv wirkt und ein weiterer ein ständiges Grinsen auf sei-

nem Gesicht trägt. Dabei spielt er mit einem Magneten, an dem mehrere Dutzend Stecknadeln kleben, die er liebevoll streichelt und ständig in eine neue Formation bringt. Der Aggressive fuchtelt immer nervöser in der Luft herum. Schliesslich trennen sie mich vom Übersetzer und befragen mich separat. Nachdem sie auch hier keine Indizien feststellen können, fragen sie mich, ob sie mein Hotelzimmer durchsuchen dürfen. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als einzuwilligen. Auf dem Weg ins Hotel schärfen sie mir ein, ich müsse immer einen Ausweis auf mir tragen, sonst könne man mich nicht identifizieren, falls mir etwas zustosse. Nach dieser Episode bin ich doppelt wachsam, mit wem ich spreche oder wohin ich gehe.

Militärischer Würgegriff

Noch nie hat sich soviel Militär in Kurdistan befunden wie heute. Schulen, die Turgut Özal nach seinem Amtsantritt überall bauen liess, wurden längst in Militärposten umfunktioniert, da sie in der Regel die beste Infrastruktur bieten und sich baulich von den ortsüblichen Lehmhäusern abheben. Das Militär begleitet den Alltag in Kurdistan, wohin man geht. Auf den Busbahnhöfen, auf dem Flughafen, an den Ortseingängen, an Strassenkreuzungen auf dem Land, an den mit Sandsäcken verstärkten Checkpoints zwischen den Ortschaften und Städten, überall türkisches Militär. Sie stehen an Strassenrändern, liegen auf Dächern, zirkulieren in Strassenpanzern, pendeln in Hubschraubern, begegnen einem in Konvois, kurz: Sie markieren *massivste Präsenz*.

Sie verachten die einheimische Bevölkerung, *demütigen* und erniedrigen sie auch im Alltag. Betritt ein türkischer Soldat ein Postbüro, wo die Menschen zu jeder Tageszeit Schlange stehen, weichen sofort alle zur Seite, um dem Soldaten, der mit grosser Verachtung für die Anwesenden und respektheisender Miene an der Warteschlange vorbeistolzert, Platz zu machen. Das Maschinengewehr, das er in der Regel über die Schulter hängen hat,

lässt selbst den Gedanken einer Widerrede einfrieren. Allerdings funktioniert dieses Prinzip der Einschüchterung nur vordergründig. Die Wut, die sich in der Bevölkerung Kurdistans inzwischen angestaut hat, steigt immer mehr zur Weissglut.

Sippenhaftung

Eine Familie, die im Verdacht steht, eine Tochter oder einen Sohn bei der Guerilla zu haben, macht sich ebenfalls zum Ziel systematischer Verfolgung. So sind regelmässige Befragungen von Familienmitgliedern an der Tagesordnung. Frauen von Verschwundenen müssen sich demütigenden Untersuchungen unterziehen, zum Beispiel auf der Suche nach Spuren von Geschlechtsverkehr. Da die Frauen in dieser Kultur ausgeprägt die Ehre des Mannes darstellen, sind sie ein besonders gefährdetes Angriffsziel, um so den Druck auf die Männer und die Familien noch zu verstärken.

Die Sippenhaftung kann sich auf *ganze Dörfer* ausdehnen. Immer wieder sind Schilderungen zu hören, wonach eine Dorfbevölkerung zusammengetrieben und geschlagen wurde. Die der totalen Willkür ausgelieferten Menschen werden zu schmerzhaftesten und demütigendsten Handlungen gezwungen.

Schulen – Orte der Unterwerfung und des Nationalismus

Lehrer in den Schulen sind gehalten, *Rapporte* über ihre Dörfer abzuliefern. Die Kinder werden nach der Gesinnung ihrer Eltern befragt, ob zu Hause kurdisch gesprochen werde und wie's der Vater mit der Türkei halte. Die Vorsitzende einer Lehrer- und Lehrerinnengewerkschaft, deren Mann inzwischen ebenfalls erschossen wurde, erzählte mir, dass in den Schulen regelmässig *Razzien* durchgeführt würden. Auch kleine Kinder werden auf die Polizeiposten geschleppt und geschlagen. Diese Massnahmen sollen der Unterwerfung dienen und schon früh das Prinzip der Angst in die Kinder prügeln. Es erstaunt

denn auch nicht, dass die Kinder in Kurdistan schon sehr früh ein politisches Bewusstsein und den Willen zum Widerstand entwickeln. So sind in öffentlichen Demonstrationen immer auch zahlreiche Kinder anzutreffen, die durchaus nicht nur Mitläufer sind.

Der Unterricht in den Schulen ist begleitet von einem rigiden, alles durchdringenden *Nationalismus*, angefangen beim morgendlichen Singen der Nationalhymne, bis zum Auswendiglernen und Deklamieren von Atatürks mehr oder weniger intelligenten Sprüchen. Diese Sprüche begleiten die Bevölkerung tagein, tagaus. Sei's im Zug, wo mit Goldlettern eine «Weisheit» in die Waggonwand eingraviert ist, sei's an Hauswänden, in öffentlichen Gebäuden, im Flugzeug, in Fabrikhallen und nicht zuletzt an Bergen und Hügeln, wo Soldaten mit weissen Steinen die türkische Fahne markieren oder Aussprüche Atatürks anbringen, die kilometerweit zu sehen sind.

Ausländische Besucherinnen und Besucher

Dass sich auch ausländische Besucherinnen und Besucher *systematischer Überwachung* aussetzen, habe ich bereits ange-tönt. Als Begründung bekommt man zu hören, die Überwachung sei zum eigenen Schutz bestimmt. Da sich aber speziell Medienschaffende grösster Unbeliebtheit «erfreuen», wird diese Aussage gegenstandslos. Ausländerinnen und Ausländer sind nur dann unverdächtig, wenn sie mit dreissig anderen Touristinnen und Touristen in einem Autobus durch die Gegend gondeln, brav Fotos machen und dabei militärische Sujets ausklammern und, Schafherden gleich, in die Teppichläden und durch den Bazar marschieren.

Reist man zu zweit oder gar als *Frau allein*, löst das höchste Alarmstufe aus. Frau ist der ungeteilten Aufmerksamkeit sicher, wird aus Autobussen geholt, immer wieder durchsucht, hat Mithörer beim Telefonieren im Hotel und ist erstaunt, wieviele Menschen was doch nicht alles wissen wollen.

Ökonomische Massnahmen

Zu den Verfolgungsmassnahmen zählt auch das landwirtschaftliche GAP-Projekt, obschon allenthalben propagiert wird, dass es grossen Segen über Kurdistan bringen werde. Sicher, Agrarspezialisten experimentieren in grossen Instituten am Rande der Harran-Ebene, dem zukünftigen Garten Eden, an Pflanzen herum, die dereinst bis zu drei Fruchtfolgen pro Jahr produzieren sollen. Noch sind die *ökologischen Folgen* nicht abzusehen, und es steht auch noch nicht fest, bis wann das Wasser vom Damm bis zu der knapp 30 Kilometer entfernten Ebene fliessen wird, wenn es denn jemals soweit kommen sollte. Fest steht, dass der Damm oder das ganze System aus Dämmen riesige Mengen an Elektrizität erzeugen wird, mit der die westlichen Städte und wohl auch die alten und neuen Nachbarn beliefert werden sollen.

Es ist durchaus nicht so, dass der *Atatürk-Staudamm* zum Wohl der kurdischen Bevölkerung gebaut wurde. Der importierte Klassenunterschied wird spätestens klar, wenn man nach Bozova fährt, wo die Ingenieure und Facharbeiter aus dem Westen in ihren von begrünten Flächen umgebenen Einfamilienhäuschen wohnen. Die einheimischen Arbeiter leben in Bau-baracken, die vorläufig noch im Flussbett stehen, einem heissen Kessel, wo die Leute oft und schnell krank werden. Auf Tafeln steht überall in türkischer Sprache: «Önce Vatan», was heisst: «Zuerst das Vaterland», und auf den Latrinen dieser gigantischen Baustelle: BBC.

Fährt man links vom Stausee in Richtung Adiyaman, führt der Weg an riesigen fruchtbaren Feldern vorbei, die sanft zum Stausee abfallen und alle noch überflutet werden sollen. Unwillkürlich kommt mir der Gedanke, dass hier eine gigantische, aber *versteckte Bodenreform* im Gange ist, durch die einheimische Bauern enteignet werden, während die Geschäftsleute aus dem Westen der Türkei die für die Bewässerung vorgesehene, bis heute noch unfruchtbare Ebene grösstenteils unter sich aufgeteilt haben. Längst ist auch bekannt,

dass die enteigneten kurdischen Bauern mit der mickerigen Entschädigung, die sie vom türkischen Staat erhalten, knapp an einen neuen Wohnort gelangen, niemals aber eine neue Existenz aufbauen können.

Von der Bodenreform, die zu Beginn der 80er Jahre angekündigt wurde und jeder Familie ein rechtes Stück Land versprach, ist weit und breit nichts mehr zu hören. Bei dieser Landverteilung handelte es sich um eine «antiseparatistische Massnahme», von der all jene Familien ausgeschlossen sein sollten, die separatistischer Verbrechen verdächtigt wurden. Dass auch *internationaler Sprengstoff* in diesem Projekt liegt, wurde spätestens dann klar, als Özal quasi probenhalber den Syrern, die völlig auf das Wasser des Euphrat angewiesen sind, den Hahn zudrehte.

Religion als Assimilationsfaktor

Alle, die mit Kurdinnen und Kurden als Flüchtlingen zu tun haben, wissen, dass die Religion immer wieder als *Unterdrückungs- und Verfolgungsgrund* angegeben wird. Seien es die Yezidi, die christlichen Assyrer, Aramäer oder Chaldäer, die beinahe ausgelöscht sind, oder die Aleviten, eine schiitische Strömung, alle sind sie den sunnitischen Türken ein Dorn im Auge, weil nach türkischer Auffassung im Kern jeder religiösen Abspaltung der Separatismusgedanke liegt. Alles, was aber auch nur im Ansatz mit Abspaltung zu tun hat, untergräbt tendenziell die türkische Einheit.

Wie die Kemalisten einerseits mit der Behauptung «Wir sind alle Türken» operieren, vertreten religiöse Fundamentalisten andererseits die Haltung «Wir sind alle Muslime und Brüder», was einer separatistischen Haltung ebenfalls diametral entgegensteht. Hier ist auch der Grund zu suchen, weshalb die türkische Regierung die fundamentalistischen *Hizbollah-Bewegungen* nicht nur toleriert, sondern instrumentalisiert und unterstützt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Hizbollah mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeitet. Da der islamische Gottesstaat aber in einem Widerspruch zum Kemalismus

steht, der wiederum den türkischen Militärs heilig ist, befindet sich die türkische Regierung ständig auf einer Gratwanderung.

«... ich schämte mich, Kurdin zu sein»

«Früher schämte ich mich, Kurdin zu sein», hat mir kürzlich eine junge Kurdin erzählt. Erst hier in der Schweiz habe sie ihr Selbstverständnis als Kurdin gefunden. Als Kind habe sie nie verstanden, warum sich jemand Kurdin oder Kurde nennen könne. Zum extremen Nationalismus, der bereits den kleinen Kindern eingeimpft wird, gehört ebenfalls eine permanente Verunglimpfung der Kurdinnen und Kurden.

Oft mache auch ich die Erfahrung, dass ich mit Unverständnis, fast Mitleid behandelt werde, wenn ich in Istanbul oder Ankara sage, ich gehe in den Osten. Erst einmal hört der Osten für Durchschnittstürken in Kapadokien auf. Sage ich dann, nein, nein, ich würde nach Diyarbakir gehen, ist man bestürzt. Kurden gelten als faul, schmutzig und dumm... oder als inexistent. Ein türkischer Arzt erzählte mir 1989 allen Ernstes, eigentlich gebe es in der Türkei gar keine Kurden mehr, die seien alle in die Sowjetunion ausgewandert.

Innere Säuberungen

Der scheussliche Begriff «innere Säuberungen», der so sehr an die Vorgänge in Ex-Jugoslawien erinnert, hat auch im türkischen Vokabular Einzug gehalten. So hat sich der Kurdistankonflikt längst auf die *städtischen Gebiete des Westens* ausgebreitet. Bekannt wurde hier das Beispiel der Millionenstadt Izmir, wo die Stadtregierung beschlossen hatte, die Stadt kurdenfrei zu machen. Sie liess per Flugzeug Flugblätter abwerfen, auf denen die Geschäftsleute aufgefordert wurden, keine Kurden mehr anzustellen. Auch Namen anderer Städte, wie Aydin, Antalya oder Manussa, sind in diesem Zusammenhang bekannt geworden. Aber bereits vor zwei Jahren erfuhr ich in Istanbul, dass die Strassenhändler – oft Kurden –, die Schuhputzer

usw. aus dem Strassenbild verschwinden sollen. So liess die Polizei Autobusse mit kurdischen Migrantinnen und Migranten gar nicht erst den Bosphorus überqueren, sondern schickte sie gleich wieder zurück in den Osten.

Die Regierung benützt die *Massenmedien* für tägliche massivste Propaganda. Keine Nachrichtensendung, ohne dass kurdische «Terroristen» vorgeführt werden. Eine Schweizerin, die seit zwei Jahren in Istanbul lebt, erzählte mir kürzlich, dass diese permanente Berieselung bei der Bevölkerung grossen Schaden anrichte und dass selbst sie manchmal anfangs zu zweifeln, weil Nachrichten der Gegenseite völlig fehlen. Die Lockerungen in bezug auf die kurdische Sprache und Musik sind praktisch wieder rückgängig gemacht worden. Auch in Stadtvierteln, wo ausnahmslos Kurden angesiedelt sind, spreche man nicht mehr Kurdisch auf den Strassen.

Zwangsumsiedlung und Armut

Dass *Landflucht* zwangsläufig zur Verklammerung der Städte führt, weiss man spätestens, seit in Lateinamerika und Asien die Grossstädte explosionsartig gewachsen sind. Obwohl die Menschen in Kurdistan traditionellerweise stark mit ihren Dörfern verbunden sind, ist die Abwanderung gross. Die mangelnde Bereitschaft der Zentralregierung, etwas für die Entwicklung der kurdischen Gebiete zu tun, führt zu Perspektivlosigkeit. Inzwischen werden via Fernsehen täglich Bilder über das Leben in westlichen Städten in die Stuben der kurdischen Dörfer getragen, die trotz des kitschigen Abklatsches Wünsche und Vorstellungen von einem besseren Leben wecken. Dem wird von militärischer Seite massiv nachgeholfen: Speziell in Gebieten, wo der Widerstand am stärksten ist, werden die Leute aus den Dörfern in die Städte getrieben. Obwohl der primäre Gedanke der Vertreibung ist, der Guerilla die Basis zu entziehen, sind die Folgen die selben.

Scharenweise kommen die Leute in den grösseren Städten Kurdistans an, oft ohne Habe. So hat mir ein Mitglied des Men-

schenrechtsvereins in Diyarbakir erzählt, dass er noch im November Kinder gesehen habe, die barfuss angekommen seien. Da zu einer Dorfzerstörung auch die *Vernichtung der Ernte* und der Vorräte gehört, ist die Wahrscheinlichkeit sehr klein, dass die Vertriebenen ohne fremde Hilfe wieder in ihre Dörfer zurückkehren können. Und Hilfe ist keine abzusehen.

Noch ist es zu früh zu beurteilen, was die Vertreibungen und Dorfzerstörungen Kurdistan antun, doch lassen Erfahrungen in anderen Ländern nichts Gutes ahnen. Die Städte platzen aus allen Nähten, die eh schon vernachlässigten Infrastrukturen brechen zusammen. So muss Diyarbakir zum Beispiel zehnmal so viele Menschen aufnehmen wie eine europäische Stadt mit einer vergleichsweise zehnmal grösseren Fläche. Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut sind enorm, eine Besserung ist nicht in Sicht. Die Folge davon: Immer mehr junge Leute werden buchstäblich in den *bewaffneten Widerstand* getrieben, und niemand kann es ihnen übelnehmen.